74. Jahrgang
ISSN 0018-2974

HSW

Das Hochschulwesen

Auswirkungen von weniger Studierenden

Eine ökonomische Abwägung

Alexander Dilger

Zeitschrift: Das Hochschulwesen (HSW)
Jahrgang: 74 (5)
Seiten: 115-119
Verlag: UniversitätsVerlagWebler
Ort: Bielefeld

5 | 2026

Impressum / Verlagsanschrift

UVW UniversitätsVerlagWebler GmbH
Reepeweg 5, 33617 Bielefeld

Für weitere Informationen besuchen Sie unsere Website:
universitaetsverlagwebler.de

Oder wenden Sie sich direkt an uns:
E-Mail: hsw@universitaetsverlagwebler.de
Telefon: 0521/ 923 610-0

UVW

UniversitätsVerlagWebler
Der Fachverlag für Hochschulthemen

Alexander Dilger

Auswirkungen von weniger Studierenden

Eine ökonomische Abwägung



Alexander Dilger

The number of students in Germany has passed its peak and is likely to continue to fall in the future, as has been the case for some time with the number of students per year and now also with the willingness to study. This means that competition is increasing for universities and they have to make more efforts to attract their current and future students. The students benefit from this, but politically their influence is waning and there is a threat of cuts in state funding for universities, which should therefore be used more efficiently.

Die Zahl der Studierenden hat in Deutschland ihren Höhepunkt überschritten und dürfte zukünftig weiter abnehmen wie schon länger die Jahrgangsstärke und inzwischen auch die Studierneigung. Für die Hochschulen verschärft das den Wettbewerb und sie müssen sich vermehrt um ihre aktuellen und zukünftigen Studierenden bemühen. Die Studierenden profitieren davon, doch politisch schwindet ihr Einfluss und es drohen Kürzungen der staatlichen Mittel für Hochschulen, die deshalb effizienter eingesetzt werden sollten.

1. Einleitung

Die jüngeren Jahrgänge in Deutschland werden kleiner, was durch Zuwanderung zwar etwas abgeschwächt, aber zumindest für diese Jahrgänge nicht ausgeglichen wird (vgl. Demografieportal 2026). Längere Zeit wurde diese demographische Entwicklung im Hochschulbereich durch eine zunehmende Studierneigung kompensiert. Seit 2018 nehmen jedoch weniger junge Leute ein Studium auf. Ausgerechnet während der stärksten Corona-Maßnahmen im Wintersemester 2020/21 (vgl. z.B. Angenent/Petri/Zimenkova 2022) erreichte die Zahl der Studierenden mit 2.944.145 ihr Maximum in Deutschland und ist seither jedes Jahr (leicht) rückläufig (vgl. Statistisches Bundesamt 2026a). Selbst wenn die Zahl der Studienanfänger ab 2027 wieder steigen könnte, wird das den Rückgang bei den Studierenden insgesamt nicht ausgleichen (vgl. Kultusministerkonferenz 2025 und Wissenschaftsministerkonferenz 2025).

Schrumpfende Jahrgangsstärken mit nicht mehr zunehmender oder sogar ebenfalls schrumpfender Studienquote führen zu weniger Studierenden, was zumindest einige Hochschulen und vor allem Studiengänge vor Probleme stellt. Die Auswirkungen auf Hochschulen und das, was sie in dieser Situation tun können und gegebenenfalls tun sollten, werden im nachfolgenden zweiten Kapitel behandelt. Im dritten Kapitel geht es um die Auswirkungen auf die Studierenden selbst und im vierten Kapitel um Konsequenzen für die Hochschulpolitik. Das fünfte Kapitel schließt mit einem kurzen Fazit.

2. Auswirkungen auf Hochschulen

Für staatlich finanzierte Hochschulen ist der Rückgang von Studierenden ein Problem. Zwar handelt es sich nicht um zahlende Kunden, doch die staatlichen Zahlungen sind zu großen Teilen an die Anzahl der Studierenden (in der Regelstudienzeit) und Absolventen geknüpft. Das gilt direkt für die Leistungsorientierte Mittelvergabe (LOM) und Zielvereinbarungen der Bundesländer (vgl. z.B. Henke/Dohmen 2012 und Möller 2023) sowie Sonderprogramme des Bundes wie den Hochschulpakt (vgl. Gemeinsame Wissenschaftskonferenz 2022) und den aktuellen „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken" (vgl. Gemeinsame Wissenschaftskonferenz 2024), aber indirekt auch für die Grundfinanzierung, selbst wenn diese formal ohne direkte Gegenleistung erfolgt, jedoch z.B. zur Kapazitätsberechnung herangezogen wird.

Private Hochschulen erhalten teilweise ebenfalls staatliche Mittel, doch Dreiviertel ihrer Einnahmen stammen aus Beiträgen ihrer Studierenden (vgl. Frank/Kröger/Krume/Meyer-Guckel 2020). Sie verdienen also direkt mehr Geld, wenn sie mehr zahlende Studierende haben, während es an staatlichen Hochschulen keine Studiengebühren (mehr) gibt, jedenfalls nicht für deutsche Studierende und solche aus anderen EU-Staaten in grundständigen Studiengängen. Deshalb würde ein Rückgang an Studierenden die meisten Privathochschulen noch stärker treffen als die staatlichen Hochschulen und ihre Nischenposition in Deutschland (vgl. Dilger 2009) noch prekärer machen. Allerdings sind Privat-